

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Gerechte Leistungsgesellschaft – Nur mit einer starken Wirtschaft gibt es einen starken Sozialstaat

Der Landtag wolle beschließen:

Drei Jahre Ampel-Bundesregierung – das sind zwei Jahre Rezession mit einer schlechten Nachricht nach der anderen. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. 130.000 Arbeitsplätze sind mittelfristig allein in der deutschen Autoindustrie gefährdet. Derzeit verliert Deutschland 7.000 Industriearbeitsplätze – pro Monat. Die Energiekosten sind auf einem Höchststand. Bei der Abgabenlast liegt Deutschland in einer unrühmlichen Spitzengruppe, bei der Belastung durch Bürokratie erst recht. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geht zurück. Bei den Wachstumsaussichten ist Deutschland OECD-Schlusslicht.

Nach drei Jahren Ampel ist die Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft auf einem Tiefpunkt. Die Menschen fühlen sich gegängelt. Fleiß, Arbeit und Anstrengung lohnen sich immer weniger. Das Versprechen von Aufstieg durch Leistung scheint leer. Ein Gefühl zunehmender Ungerechtigkeit macht sich breit. Wir brauchen deshalb umgehend einen Politikwechsel, der Leistung wieder honoriert und Aufstiegschancen stärkt.

Der Staat soll gezielt diejenigen unterstützen, die wirklich Hilfe benötigen, gleichzeitig aber klar machen, dass jeder, der leistungsfähig ist, seinen Beitrag im Sinne unserer gesamten Gesellschaft leisten muss. Wir wollen eine gerechte Leistungsgesellschaft sein, in der der Fleiß der Menschen wieder mehr honoriert wird. Das ist auch ein Gebot von Fairness und Respekt. Wir wollen einen starken und fairen Sozialstaat – wissend, dass eine starke Wirtschaft der beste Garant für verlässliche soziale Sicherungssysteme ist.

Momentan müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland im europäischen Vergleich die zweithöchste Abgabenlast tragen. Das ist weder

Ausgegeben: 16.01.2025

leistungsgerecht oder fair, noch macht es den Standort Deutschland attraktiv für Menschen, die etwas schaffen wollen. Auch die Steuerbelastung unserer Unternehmen ist in Deutschland mit rund 30 Prozent zu hoch. Andere Staaten haben schon reagiert und die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt. Nicht aber Deutschland. Das schadet unserer Investitions- und Innovationskraft und verhindert neue Arbeitsplätze. Wir brauchen daher eine große Steuerreform, um Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen zu entlasten.

In Deutschland gibt es einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften. Wir müssen daher das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen und ausländischen Arbeitskräften den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt vereinfachen. Ein wichtiger Baustein für die inländische Aktivierung von Arbeitskräften ist die Abschaffung des sogenannten Bürgergeldes und die Einführung eines gerechteren Systems mit einer neuen Grundsicherung. Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Hilfe soll dabei – wo immer möglich – Hilfe zur Selbsthilfe sein. Daher wollen wir die Anstrengungen zur Vermittlung in Arbeit verstärken, um möglichst vielen Menschen Teilhabe und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Wenn jemand aber grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, obwohl er arbeiten könnte, muss der Staat davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden. Die Solidargemeinschaft kann nur funktionieren, wenn sich alle so einbringen, wie sie es können.

Neben der neuen Grundsicherung bleibt die Bildungs- und Ausbildungspolitik – bei gleichwertiger Förderung von beruflicher und akademischer Bildung – zentral für den inländischen Fachkräftenachwuchs. Hierzu zählt auch die stärkere Fokussierung von frühkindlicher Bildung. Besonders Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen muss jede Schülerin und jeder Schüler gut beherrschen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren keinen beruflichen Abschluss haben.

Wir brauchen auch qualifizierte ausländische Arbeitskräfte – egal ob in der Pflege oder in der IT. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Erfolg: Jede fünfte Gründung in Deutschland erfolgt durch Unternehmer mit ausländischen Wurzeln. Daher fordern wir eine neue digitale Bundesagentur als einheitliche Anlaufstelle für ausländische Arbeitskräfte: von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreise-Voraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Nur eine konsequente Trennung der Verfahren zur Arbeitskräfteanwerbung von den Asylverfahren lenkt Migration in die richtige Richtung.

Unser Standort und unsere exportorientierte Wirtschaft sehen sich mehr denn je in ihren Grundlagen und ihrer Sicherheit gefährdet. Die Liste der Herausforderungen ist lang und reicht von Unsicherheiten bei der Rohstoffversorgung, über unfaires Handeln von Systemkonkurrenten bis hin zu Cyberattacken und einer militärischen Bedrohung durch Russland. Die Zeit einer außen- und wirtschaftspolitischen „Schönwetterlage“ ist vorbei. Wir wollen, dass Deutschland

trotzdem als Exportwirtschaft erfolgreich bleibt. Für uns ist klar: Protektionismus und unlautere Handelspraktiken sind der falsche Weg, denn sie bedrohen unser aller Wohlstand. Unser Kompass ist und bleibt ein starker internationaler Freihandel. Gleichzeitig brauchen wir aber eine neue Krisenfestigkeit, ja Wehrhaftigkeit. Wir müssen daher den Blick für strategische Standortfaktoren schärfen. Dazu gehört auch die Verteidigungsindustrie. Sie ist zwingend für unsere Sicherheit – und schafft Wachstumsperspektiven.

Um Wirtschaft und Industrie insgesamt zu unterstützen, braucht es dringend niedrigere Energiepreise. Schon vor drei Jahren haben Olaf Scholz und Anke Rehlinger einen Industriestrompreis versprochen. Dieses Versprechen haben sie gebrochen. Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Abgabenlast auf unsere Strompreise, die eine Entlastung von mindestens 5 Cent pro kWh ermöglicht. Dies funktioniert etwa durch eine Senkung der Stromsteuer dauerhaft für alle auf das europäische Mindestmaß und eine Reduzierung der Netzentgelte.

Wir wollen auch in Zukunft eine starke Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und Arbeitsplatzgarant für unser Land. Pragmatismus ist auch hier das Gebot der Stunde. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Mit synthetischen Kraftstoffen können Verbrenner einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten – gerade bei der Bestandsflotte.

Der deutsche und europäische Gesetzgeber lädt ganz selbstverständlich immer neue Berichts- und Nachweispflichten auf Unternehmen ab. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen Mentalitätswandel bei Gesetzgeber und Verwaltung – hin zu einem echten Rückbau der Bürokratie auf nationaler und europäischer Ebene.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die deutsche Wirtschaft rasch aus der Rezession zu führen, insbesondere:

- das sogenannte Bürgergeld abzuschaffen und durch eine neue Grundversicherung zu ersetzen, um das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen;
- ausländischen Arbeitskräften den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt zu vereinfachen durch eine neue digitale Bundesagentur als einheitliche Anlaufstelle für ausländische Arbeitskräfte;
- Überstunden von Vollzeitbeschäftigten steuerlich zu begünstigen;
- monatliche Arbeitseinkünfte von bis zu 2.000 Euro für Rentner steuerfrei zu stellen;
- die Sozialabgaben auf maximal 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns zu begrenzen;
- die Abgabenlast auf Strompreise deutlich abzusenken, um eine Entlastung von mindestens 5 Cent pro kWh zu erreichen. Dazu müssen die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum reduziert und die

Netzentgelte spürbar gesenkt werden;

- Unternehmen steuerlich spürbar zu entlasten, insbesondere durch eine schrittweise Senkung der Steuern auf thesaurierte Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;
- die geplante Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurücknehmen, um die Landwirtschaft nicht zusätzlich zu belasten und die Agrardieselrückvergütung wieder vollständig einzuführen;
- Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr Flexibilität schaffen, zum Beispiel durch die Einführung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchst- arbeitszeit sowie durch Anpassungen bei der Arbeitszeiterfassung;
- sich auf EU-Ebene wirksam für mehr Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen und bei allen EU-Regulierungen mit Auswirkungen auf den Industriestandort eine pragmatische Weiterentwicklung zu fördern – vom CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich über die Chemikalienregulierung bis hin zur Taxonomie und der europäischen Lieferkettenregulierung;
- sich für eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Verkehr, Bau, digitaler Infrastruktur und bei Industrieanlagen einzusetzen;
- einen grundlegenden Bürokratieabbau sowie die Reform der Bundesverwaltung einzuleiten, um eine verlässliche, schnellere, schlankere und digitalere Verwaltung zu schaffen, die das Vertrauen in die Politik zurückgewinnt und effizienter gestaltet wird.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.